

Presseerklärung am 15.02.2017 zur dreitägigen Festnahme und folgendem Einreiseverbot für Can Kaplan und seiner Begleitung - Türkei/Istanbul

Mit dem Putschversuch in der Türkei und den daraus resultierenden landesweiten Ausnahmezustand, den die türkische Regierung 2016 ausgerufen hat, überschlagen sich die dortigen Ereignisse und politischen Entwicklungen. Die Alevitische Diaspora in Deutschland und in Europa blickt mit großer Besorgnis auf die Situation in der Türkei, denn insbesondere die in der Türkei lebenden Alevit_innen und auch andere Minderheiten sind davon betroffen. Für Alevit_innen in der Türkei sind Diskriminierung und Ausgrenzung Alltag aufgrund Ihrer Religionszugehörigkeit und oftmals politisch oppositionellen Haltung. Nicht zuletzt wurde sogar der alevitische Fernsehsender YOL TV (zu Deutsch „der Weg“) über den Satelliten „Türksat“ gesperrt und ist seither nur noch über das Internet zu empfangen. Bisher jedoch war diese Diskriminierung hauptsächlich Alevit_innen in der Türkei vorbehalten, welche auch Staatsangehörige dieser waren und dort ihren permanenten Wohnsitz haben. Für in Deutschland lebende Alevit_innen, welche gelegentlich Familienangehörige in der Türkei besuchten, drohte bisher keine physische Gefahr. Jedoch hat auch dies sich in den letzten Wochen geändert und es kommen uns immer mehr Geschichten zu Ohren, die davon handeln, dass in Deutschland lebende Alevit_innen in der Türkei unter Generalverdacht stehen und sogar polizeilich festgehalten werden.

Istanbul, 09.02.2017 - Der junge alevitische Student Can Kaplan, Sohn des Vorsitzenden des Alevitischen Geistlichen Rates Cafer Kaplan, und seine Reisebegleitung versuchten am vergangenen Donnerstag um 18.30 Uhr am Sabiha Gökçen Flughafen in die Türkei einzureisen. Während sie für die Passkontrolle anstanden, kam ein ziviler Polizist auf sie zu und fragte sie nach ihrer geographischen Herkunft in der Türkei. Daraufhin gaben sie die Städte Erzincan und Dersim an, welches die Herkunftsorte ihrer Familien waren und zugleich dafür bekannt sind, einen hohen alevitischen Bevölkerungsanteil zu stellen. Diese Aussagen veranlasste die Polizei am Flughafen die zwei jungen Männer einer detaillierten Inspektion zu unterziehen. Nachdem die mobilen Geräte der beiden Studenten inspiziert wurden, brachte man die beiden auf ein naheliegendes Polizeipräsidium. Auf ihre Nachfrage für den Grund ihrer Festnahme entgegnete man ihnen unverschämt, dass man ihr Aussehen nicht möge. Zudem wurde ihnen ein unbefristeter Aufenthalt in Gewahrsam angedroht und das Recht ihre Angehörigen zu kontaktieren verwehrt. Es bestehe durch sie Terrorverdacht, so die Aussage der Polizeibeamten. Erst nachdem sich das deutsche Konsulat und dessen Anwälte eingeschaltet hatten, wurden die zwei jungen Männer nach ihrem dreitägigen Aufenthalt in Untersuchungshaft entlassen und zurück nach Deutschland geflogen. Vorab teilte man ihnen jedoch noch mit, dass man ihre Namen auf eine Liste gesetzt habe und man ihnen davon abraten würde jemals wieder in die Türkei einzureisen. Um welche Liste es sich dabei genau handele, blieb unbeantwortet.

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. verurteilt das Vorgehen der türkischen Polizei, welche eine systematische Selektierung von Menschen aufgrund äußerer

Pressemitteilung

Erscheinungsmerkmale und religiöser Zugehörigkeit vornimmt. Es ist der offensichtliche Versuch des Erdogan Regimes oppositionell Denkende mundtot zu machen, durch deren gezielte Diskriminierung und Verwehrung von Menschenrechten. Zu diesem Zweck verwendet die türkische Polizei die bekannte Methode aus den USA, das so genannte "Racial Profiling", um Menschen ethnisch und religiös der Bevölkerung aus dem Osten der Türkei zuordnen zu können. Grund dafür ist, dass der Osten des Landes eine besonders starke Opposition gegen das AKP Regime aufweist. Die religiöse und ethnische Vielfalt Anatoliens ist seit der Machtergreifung Erdogans bedrohter denn je, da er und seine Lobby schon seit Jahren versuchen diese zu "sunitisieren" und auf ihre Parteipropaganda zu schulen. Nun da er die Macht besitzt frei seinen Interessen zu folgen, nutzt er dies offensiv gegen jegliche Art von potentiellen Oppositionellen. Nun müssen wir auch in Deutschland ein gezieltes Vorgehen gegenüber Würdenträger und Funktionären unserer Gemeinschaft und Verbände befürchten.